

II-2359 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 12671J

1991-06-17

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Dr. Gugerbauer, Meisinger, Peter
an den Bundesminister für Inneres
betreffend die geplante Auflassung des Gendarmeriepostens Gosau
(Oberösterreich)

Nach vorliegenden Informationen ist im Rahmen des Dienststellenstrukturkonzeptes 1991 die Auflassung des Gendarmeriepostenkommandos Gosau geplant. Da sich dieser Ort in den letzten Jahren zu einem der bedeutendsten Winterfremdenverkehrsorte Oberösterreichs entwickelt hat, ist diese Maßnahme nach Auffassung der unterfertigten Abgeordneten aus sicherheitspolitischen Gründen abzulehnen. Der Ort befindet sich darüber hinaus in einer geographisch exponierten Lage und ist aufgrund der Lawinengefahr in schneereichen Wintern (Paß-Gschütt-Bundesstraße) oftmals nur äußerst schwer auf dem Verkehrswege erreichbar. Der mit vier Beamten systemisierte Posten Gosau muß während des Winters mit einem weiteren Exekutivbeamten verstärkt werden und hat etwa 1800 Einwohner sicherheitspolizeilich zu betreuen. Im Falle seiner Auflassung müßten die sicherheitspolizeilichen Aufgaben dem rund 18 km entfernten Gendarmeriepostenkommando Bad Goisern (mindestens 25 Minuten Anfahrtszeit bei guter Witterung) übertragen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

Werden Sie die entsprechenden Veranlassungen treffen, damit das Gendarmeriepostenkommando in Gosau (Oberösterreich) aus den genannten sicherheitspolitischen Gründen auch weiterhin der betroffenen Bevölkerung erhalten bleibt und, wenn nein, warum nicht?